

Karlsruhe / Stuttgart

Verschmelzung

Das Konzept für die Verschmelzung des Badischen und des Württembergischen Genossenschaftsverbandes steht. Der Verbandsrat des badischen und der Verwaltungsrat des württembergischen Verbandes haben auf einer gemeinsamen Sitzung grünes Licht gegeben, die Verbandsspitzen haben den Entwurf des Verschmelzungsvertrages unterzeichnet. Am 23. Oktober entscheiden die Mitglieder der beiden Verbände, 851 Genossenschaften aus Baden-Württemberg, über die Verschmelzung zum Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e. V. (BWGV).

Der Zusammenschluss der beiden Regionalverbände im Rahmen des Bundeslandes Baden-Württemberg ist die Antwort auf Strukturveränderungen bei den Mitgliedern, wird dem genossenschaftlichen Prinzip des dezentralen Unternehmertums gerecht und sichert Arbeitsplätze in Baden-Württemberg, unterstreichen der Stuttgarter GENO-Präsident Erwin Kuhn und der Vorstandsvorsitzende des Badischen Genossenschaftsverbandes Gerhard Roßwog. Der Baden-Württembergische Genossenschaftsverband werde über 3,4 Millionen Menschen und mittelständische Unternehmen repräsentieren, die Mitglied einer Genossenschaft sind. Der Vorstand wird gebildet von Gerhard Roßwog als Präsident und Vorstandsvorsitzender sowie seinen Stellvertretern Herbert Schindler und Gerhard Schorr. Der BWGV hat zwei Hauptstellen in Stuttgart und Karlsruhe. Darin drücke sich der Grundsatz aus, dass die Verbändefusion auf gleicher Augenhöhe stattfindet, unterstrichen Kuhn und Roßwog. Juristischer Sitz des BWGV wird Karlsruhe. Der zukünftige Baden-Württembergische Genossenschaftsverband (BWVG) könne voraussichtlich im April oder Mai 2009 seine Arbeit aufnehmen, heißt es aus den Verbänden. Der BWVG entsteht erst, wenn er vom Registergericht eingetragen wird. Dazu müssen im März 2009 die Jahresabschlüsse der beiden Verbände genehmigt werden. An diesen Verbandstagen werden auch die Gremien durch Wahlen besetzt.



Ganz locker: Prof. Dr. Hanisch nach seiner Antrittsvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Fotos: D. Schall, W. Schmidt

IfG Berlin

Arbeit in Praxis verankern

Das Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin will sein Profil schärfen, die Kooperation mit Verbänden vertiefen, visiert eine starke Verankerung seines wissenschaftlichen Wirkens in der genossenschaftlichen Praxis an und wird dazu noch im August ein Strategiepapier erarbeiten.

Finanzieller Träger des Instituts ist die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin e.V. Die Mitgliederversammlung der Fördergesellschaft hatte am 26. Juni u. a. den Bericht des Vorstandsvorsitzenden der Fördergesellschaft, Dietmar Berger, und den Haushaltsplan 2009 bestätigt sowie die Wahlen der Vorstände und Verwaltungsräte vorgenommen. Zum Vorstand gehören Dietmar Berger (Vorsitzender), Michael Bockelmann, Bernhard Meyer und Wilhelm Kaltenborn. Dr. Eckhard Ott, Vorstandsvorsitzender des DGRV, wurde in den Verwaltungsrat gewählt.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung hielt Prof. Dr. Markus Hanisch seine Antrittsvorlesung zum Thema: „Die Anatomie der Zusammenarbeit als Ausgangspunkt der institutionellen Kooperationswissenschaften“. Anlass boten Gründung und Aufbau des Fachgebietes Kooperationswissenschaften sowie Hanischs Berufung als Juniorprofessor an die Humboldt-Universität. dsc

Union Investment

Lehrstuhl gestiftet

Union Investment baut die Zusammenarbeit mit der European Business School (EBS) Wiesbaden/Rheingau aus. Der seit 2002 geförderte Lehrstuhl Asset Management wird als Stiftungslehrstuhl unter den Namen „Union Investment-Lehrstuhl für Asset Management“ weitergeführt. Er forscht u. a. im Bereich Risikomanagement und Alternative Investments.

GVB

Verantwortung übernommen

Genossenschaften übernehmen Verantwortung für Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern. Das ist die Botschaft des 109. Verbandstages des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB). Für die 1 114 bayerischen Genossenschaften ist soziales und gesellschaftspolitisches Engagement Kern ihrer unternehmerischen Ausrichtung. „Genossenschaften haben die Verantwortung für ihre Mitarbeiter, ihre Kunden, ihre Mitglieder sowie Städte und Kommunen, ihre Heimat stets ernst genommen“, so Konrad Irtel, der ehrenamtliche Präsident des GVB. Das unterstreicht eine ganze Reihe von Fakten: Mit einem jährlichen Steueraufkommen von 200 Millionen Euro gehören die bayerischen Genossenschaften zu den größten Steuerzahlern im Freistaat. Mit ca. 650 Millionen Euro Gewerbesteuer-aufkommen seit dem Jahr 2000 profitieren davon vor allem die Kommunen. Im zurückliegenden Jahr haben die 327 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern über 14 Millionen Euro für karitative, sportliche, kulturelle und gemeinnützige Zwecke aufgebracht. Im Rahmen der Aktion VR-Mobil haben die Banken in den letzten zwölf Monaten 320 Autos an soziale, gemeinnützige und karitative Organisationen gespendet. 2,7 Millionen bayerische Bürger sind Mitglied und damit Eigentümer einer eG. Jeder vierte Bayer ist an einer Genossenschaft beteiligt. Insgesamt engagieren sich 5 740 Aufsichtsräte ehrenamtlich bei bayerischen Genossenschaften.